



Blattführer: Monnemannstr. in Breslau 5. Markt, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf., Inserionsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Seite 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 14. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 9. Januar 1880.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

31. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 8. Januar.

11 Uhr. Am Ministertisch Hofmann und Bitter mit mehreren Com-

missarien.
Präsident von Köller theilt dem Hause mit, daß die Mandate des zum Landrath ernannten Abg. Grafen Bethusy-Huc und des zum Ober-Regierungsrath beförderten Abg. v. Seype erledigt sind und daß wegen der Erbkawahl das Erforderliche eingeleitet ist. Dagegen wird das Mandat des Abg. Liedemann, der zum Geh. Ober-Regierungsrath ernannt ist, nach der Praxis des Hauses nicht als erloschen betrachtet, da mit dieser Rängeerhöhung weder eine Gehaltsvermehrung noch eine Veränderung in der amtlichen Stellung des genannten Herrn verbunden ist. Der Abg. Miquel ist aus der Commission für die Eisenbahngesetze, der Abg. Hanel aus der Budgetcommission ausgeschieden. Eingegangen ist ein Schreiben des Ministers Dr. Lucius in Betreff des Ankaufs von Pferden für die Gendarmerieverwaltung und vom Finanzminister eine Denkschrift über die gemäß § 20 des Gebäudeverordnungs vom 21. Mai 1861 ausgeführte erstmalige Revision der Gebäudefeueranlagung.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Etats des Ministeriums für Handel und Gewerbe ein, der Minister Hofmann einige Bemerkungen nur deshalb voranschickt, um den Umfang und die Bedeutung der Geschäfte des neuen Ministeriums mancherlei irrigen Auffassungen gegenüber festzustellen. Man ging bei seiner Bildung davon aus, daß gegenüber der ausgedehnten Kompetenz der Reichsgesetzgebung für eine selbständige preussische Handelspolitik kein Raum mehr sei und die Thätigkeit der preussischen Verwaltung hauptsächlich darin zu bestehen habe, der Reichsgesetzgebung bei Ausarbeitung und Ausführung ihrer Arbeiten behilflich zu sein. Es würde deshalb auch die Uebertragung des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe an denjenigen Beamten für zweckmäßig erachtet, der im Reich mit diesem Ressort betraut ist. Daraus ist aber keineswegs der Schluss zu ziehen, daß das neue Ministerium nur eine untergeordnete Thätigkeit zu erfüllen habe, seine Hauptthätigkeit aber durch die Reichsorgane absorbiert werde. In letzterer Beziehung ist das gerade Gegentheil der Fall. Je lebhafter die handelspolitische Action des Reiches, sei es auf dem Wege der autonomen Gesetzgebung oder auf dem der Handelsverträge, sich gestaltet, um so mehr wird die Mitwirkung der preussischen Staatsregierung und insbesondere des Ministeriums für Handel und Gewerbe in Anspruch genommen. Das Preußen an der Vorbereitung der Reichsgesetze hervorragenden Antheil nimmt und ein entscheidendes Gewicht in die Waagschale wirft, entspricht nicht allein seiner Stellung als leitende Macht im Reich, sondern ist auch wirtschaftlich gerechtfertigt, weil in Preußen sämtliche wirtschaftliche Interessen so vollständig vertreten sind, wie in keinem anderen deutschen Staat, daher Preußen überhaupt nur deutsche Handelspolitik treiben kann.

Seine Verwaltung soll ihre Hilfsmittel und Quellen dem Reich unmittelbar zugänglich und so noch nutzbringender machen. Soll dieser Zweck erreicht werden — und der Minister betrachtet das als seine Aufgabe — dann genügt es nicht, daß das Handelsministerium das Material nur sammelt und den Reichsbehörden unterarbeitet übergibt, sondern das Material muß auch gesichtet und durchgearbeitet und das Ergebnis, wie es sich dem Standpunkt der preussischen Gesetzgebung aus darstellt, der Reichsgesetzgebung in brauchbarer Form überwiesen werden. Daburd ist die entscheidende Stellung für Preußen gewahrt, so daß die Thätigkeit des Handelsministeriums durchaus nicht als eine untergeordnete, den übrigen Ministerien nicht ebenbürtige erscheint, es sich vielmehr um überaus wichtige Aufgaben handelt, mit denen eine schwere Verantwortung verbunden ist. Der Minister fährt dies nur deshalb an, damit das Haus erkenne, daß es nicht recht wäre, das Ministerium für Handel und Gewerbe stiefmütterlich zu behandeln. In Bezug auf die auch bei den übrigen Ministerien abgeleitete Forderung einer Funktionszulage für den Centralbureau-Vorsteher kann er keine andere Behandlung verlangen, als die übrigen Ministerien. Dagegen bittet er die Forderung für einen Kanzleivorsteher im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit anzunehmen, da sich nach Trennung des Ministeriums in ein solches für öffentliche Arbeiten und ein solches für Handel und Gewerbe für die seinem Ressort unterstellten Beamten die Gehalts- und Anciennitätsverhältnisse verschlechtert haben und ihm durch die zwischen dem Durchschnitts- und dem Anfangsgehalt des neuen Beamten bestehende Differenz wenigstens einigermaßen die Möglichkeit der Ausgleichung gegeben ist.

Hierauf werden die Einnahmen des Etats unverändert bewilligt.

Bei Cap. 67 der Ausgaben beantragt die Budget-Commission:

- 1) Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die Stelle des Kanzleivorstehers mit 4200 M. zu streichen, dagegen für die übrigen Bureaubeamten 600 M. zuzufügen und diesen Betrag als „kleinstmögliche Wegfall“ nachzuweisen, und 2) die Funktionszulage von 1200 M. für den Centralbureau-Vorsteher zu streichen, dagegen 600 M. für die Leitung der Kanzleigeschäfte zuzufügen.

Referent v. Seyden bestirmt diese Anträge.

Abg. Seyffardt (Greifeld) beantragt eine Abänderung des Gesetzes vom 18. März 1868 über die ausschließliche Benutzung der Schlachthäuser, indem er die Möglichkeit der Umgehung des Gesetzes und die Schädlichkeit der Konkurrenz des auswärtig geschlachteten und nach Orten mit Schlachtwang eingeführten Viehes mit dem an Ort und Stelle geschlachteten betont.

Minister Hofmann: Diese Uebelstände sind bereits Gegenstand der Erörterung seitens der Regierung gewesen und wird bereits ein Entwurf zur Abänderung des Gesetzes ausgearbeitet, der zur Zeit noch der commissionarischen Beratung unterliegt, möglicherweise aber noch in dieser Session an das Haus gelangen wird.

Abg. Kroy (Hannover) schließt sich in den Ausführungen Seyffardt's an mit besonderer Rücksichtnahme auf die Trichinengefahr, der gegenüber er die in den verschiedenen Landesheilen vertheilten Verordnungen für unübersichtlich hält und allgemeine obligatorische Trichinenschau empfiehlt.

Bei der Abstimmung wird der erste Antrag, die Streichung der Stelle des Kanzleivorstehers, von dem namentlich auf der linken Seite schwach be-

festen Hause abgelehnt, der zweite angenommen.

Bei Capitel 68, Titel 3; Gewerbeärzte und Fabrikinspectoren beantragt Abg. Franz die Ungenauigkeit der Unfallstatistik, da es an einer Ver-

pflichtung zur Anzeige fehlt und den Fabrikinspectoren nur die Fälle mit tödtlichem Ausgang bekannt werden. Wie kommt es ferner, daß ein Fabrikinspector im Nebenamt Generalsecretair eines Provinzial-Gewerbevereins sei, eine Stellung, welche ihn leicht in Conflict mit seinen Berufspflichten bringen könne; überhaupt sei es möglich, wenn ein Fabrikinspector noch ein Nebenamt bekleide; die vielfachen Reisen und die zu erhaltenden Berichte und Gutachten lassen ihm wenig Zeit dazu. Schließlich bittet er den Minister, die Verfügung, in der er die Gewerbeärzte anweist, die Staats-Anstalten keiner förmlichen Revision zu unterziehen, sondern sich nach vor-gängiger Anzeige und Verständigung mit den Leitern derselben von der Ausführung der vorgeschriebenen Maßregeln zu überzeugen, einer nach-maligen Prüfung zu unterziehen, da sie in socialer Beziehung höchst be-denklich und gesetzlich nicht zulässig sei, weil das Gesetz zwischen Staats- und Privat-Anstalten keinen Unterschied mache.

Minister Hofmann: Von der hohen Aufgabe, welche die Gewerbeärzte auf socialpolitischem Gebiete haben, bin ich ebenso tief durchdrungen, wie der Vorredner; wir sind lebhaft damit beschäftigt, die Anzeigepflicht gesetzlich einzuführen und die Gewerbeärzte haben über diesen Punkt ihre Gutachten schon abgegeben. Wenn dem Fabrikinspector in Königsberg gestattet worden ist, das Generalsecretariat des Provinzial-Gewerbevereins zu übernehmen, so geschah dies in der Erwägung, daß dies Nebenamt mit seinem Hauptamt in naher Verbindung steht, und daß die Entwicklung der In-dustrie dadurch gefördert werden könne. Sollte eine Collision der Berufs-pflichten mit der Thätigkeit im Nebenamt sich herausstellen, so würde nat-ürlicher Weise die Genehmigung zurückgezogen werden. Was die In-struction wegen der Revision von Staats-Betriebsanstalten angeht, so ist im Gesetz nicht bestimmt, daß nur die Fabrikinspectoren die Aufsicht über die Ausführung der Vorschriften der Gewerbeordnung haben; die Polizei-

behörde kann damit beauftragt werden. Die Leiter der Staatsanstalten haben schon als Staatsdiener die Verpflichtung, alle Vorschriften der Ge-werbeordnung auszuführen und die Fabrikinspectoren treten ihnen bei dieser Aufgabe zur Seite, aber nicht gegenüber, als wenn sie ein anderes In-teresse hätten. Es genügt in Staatsanstalten, daß sich die Fabrikinspectoren von Zeit zu Zeit überzeugen, daß die vorgeschriebenen Maßregeln getroffen sind; geschwindig ist also die Verfügung nicht.

Abg. Franz wünscht jede Beschäftigung der Fabrikinspectoren im Neben-amt ausgeschlossen zu sehen und kann es nicht billigen, daß in Bezug auf die Staatsanstalten die Aufsichtsbefugnis der Fabrikinspectoren eingeschränkt werde; die Leiter von Staatsabtheilungen gäben dafür keinen genügenden Ersatz, weil sie die Vertreter des öffentlichen Interesses seien.

Dieses Capitel und der Rest des Etats wird genehmigt.

Es folgt der Etat der Staatsarchive.

Abg. Schmidt (Stettin): Als der jetzige Director der Archive sein Amt antrat, gab er sein Programm dahin ab, daß die Archive der For-schung zugänglicher gemacht werden sollten. Man hat die Archivverwaltung beschuldigt, daß die Benutzung archivalischer Quellen nur einigen Günst-lingen des Herrn Directors von Sybel gestattet werde; daß die Archiv-beamten sich mit wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigen und die Ordnungs-arbeiten vollständig ruhen lassen, trotzdem das Regulativ von 1867 vor-schreibt, daß die Beamten 5 Stunden ausschließlich dieser Amisitätig-keit zuwenden sollten. Redner hält diese Normative großen Theils nach seiner Erfahrung für ungerechtfertigt und will dem Director nur Gelegen-heit zu ihrer Widerlegung geben, da sie auch in die „Preussischen Jahrbücher“ übergegangen sind.

Commissarius v. Sybel: Die schwere Anklage, welche der Vorredner andeutete, ist ohne jeden Beweis erhoben worden. Der Professor Grimm in Wiesbaden hat mehrmals Urkunden aus dem Jostener Archiv verlangt, die ihm aber nicht gegeben werden konnten, weil sie bereits in den Händen eines anderen Benutzers waren, der zufällig ein Archivbeamter war. Dr. Grimm wandte sich deswegen an mich und ich entschied, daß zwar die Beamten des Archivs keinen Vorzug haben, aber auch hinter anderen Be-werbern nicht zurückgesetzt werden sollten. Um ihm möglichst entgegen zu kommen, verfügte ich, daß Documente nach 4 Wochen zurückgegeben werden sollen, um einem Andern wieder auf 4 Wochen gegeben zu werden. Aber auch damit war Dr. Grimm nicht zufrieden. Die Ordnungsarbeiten ruhen nicht, sondern werden eifriger betrieben als jemals zuvor. Der ohne Beweise erhobene Vorwurf des Dr. Grimm entpuppt sich nur einem momen-tanen Unmuth. Die Beamten sollen ihre Dienststunden auf die Ordnungs-arbeiten verwenden, die wissenschaftlichen Studien aber außerhalb des Dienstes vornehmen. Davon wird nur dann eine Ausnahme gemacht, wenn die wissenschaftliche Arbeit die Ordnungsarbeiten befördert. Dr. Grimm tadelt dies in einem Zeitungsartikel und meinte, die Archivbeamten sollten überhaupt keine wissenschaftlichen Arbeiten vornehmen. Man braucht dies nur auszusprechen, um die Absurdität eines solchen Verlangens zu erkennen. Eine Verfügung in dem Sinne würde alle wissenschaftlichen Männer von diesen Aemtern fern halten und man wäre bald auf Militäranwärter an-gewiesen. Was die Zugänglichkeit der Archive betrifft, so sind in den Jahren 1876-79, während meiner Amtsdauer über 3000 Besucher zugelassen worden, nur 5 Geheude wurden abgelehnt beantwortet. Wenn also nur meine Günstlinge zugelassen werden, so ist deren Zahl eine sehr große.

Abg. Wachen bemängelt es, daß die vor mehreren Jahren bewilligten 18,000 Mark für Publicationen aus den Archiven nicht dem Wunsche der Mehrheit des Hauses entsprechend verwendet seien; der Abg. von Heeremann habe damals, ohne Widerspruch zu finden, gesagt, diese Gelder sollten zur Herausgabe von Regesten und Quellenmaterialien verwendet werden, dies sei die stillschweigende Bedingung der Bewilligung gewesen, und dies allein könne die Aufgabe der Archiv-Verwaltung sein. Gleich die erste Publication: „Lehmann: Preußen und die katholische Kirche bis 1740“ ist aber ganz im Geiste der Sybelschen Schule geschrieben. Da die Persönlichkeit des Di-rectors mitten im lebhaftesten Parteigetriebe gestanden hat, so haben die von ihm gewählten Mitarbeiter im Punkte der Objectivität die Vermuthung gegen sich. Redner beantragt deshalb: Das Abgeordnetenhause möge die Erwartung aussprechen, daß die für Publicationen aus Staatsarchiven be-stimmten Fonds lediglich zur Herausgabe von Quellenmaterial und Regesten verwendet werden.

Abg. Lieber trägt die Einzelheiten der den Beschwerden des Professor Grimm zu Grunde liegenden Vorgänge vor und meint, daß dieser ganz im Rechte gewesen sei. Den vollkommen sachgemäßen Bescheid des Directors v. Sybel habe die Archiv-Verwaltung in Jostein dem Prof. Grimm nicht so mitgetheilt, daß er daraus ersehen konnte, daß ihm nun die Benutzung wieder auf die Dauer freistehen sollte. Bei solcher Behandlung müßten Ge-lehrte, die nicht der Sybelschen Schule angehören, auf die Einladung, die Archive zu benutzen, antworten: Vestigia terrentur! v. Sybel habe sich zwar große Verdienste um die Eröffnung der Schätze der Archive erworben, aber die Aufgabe der Beamten seien die Ordnungsarbeiten, die den privaten Forschern die Benutzung erleichtern, nicht aber wissenschaftliche Publicationen, zu denen ein voll beschäftigter Verwaltungs-Beamter nicht Zeit haben könne. Die Publicationen von Max Lehmann, welche durch den Stil ganz das v. Sybelsche Gepräge hätten, seien ein Anfang der Quellenbergung der Geschichte.

Regierungscommissar, Director v. Sybel hebt noch einmal hervor, daß man den Archivbeamten die Urkunden nicht sofort wegnehmen konnte, als Professor Grimm sie verlangte; der ihm ertheilte Bescheid habe nicht dahin gelaute, daß er nach 4 Wochen die Urkunden auf Zimmerweisersehen zu-rückgeben müsse. Für die allgemeinen Angriffe Grimm's, wonach die private Benutzung grundsätzlich eingeschränkt oder die Ordnungsarbeiten ins Stocken gerathen seien, habe auch der Vorredner keinen thatsächlichen Beweis er-bracht. In Jostein sei seit 1875 eine ganz enorme Arbeitslast im Registriren bewältigt worden. Man könne die Beamten nicht den ganzen Tag mit Ordnungsarbeiten beschäftigen, wolle man sie nicht geistig und physisch ruiniren; man müsse ihnen vielmehr wissenschaftliche Arbeiten in den Neben-stunden gestatten.

Abg. v. Cuny: Die nationalliberale Fraction, welche als relative Majorität des Hauses 1876 die Fonds für die Urkundenpublication bewil-ligte, hat an eine Beschränkung im Sinne des Abg. Wachen nicht gedacht und wird der von ihm vorgeschlagenen Resolution nicht zustimmen, weil sie darin ein Mißtrauensvotum gegen alle patriotische Geschichtsschreibung sieht. (Unruhe im Centrum.) Die historische Einleitung in dem Max Lehmann'schen Werke ist durchaus notwendig, um das Buch für das größere gebil-dete Publikum genießbar zu machen. Der Stil ist der Klank's, dem man zu große Objectivität vorwirft. (Abg. Windthorst: Das ist kein Vorwurf.) Ich erbeue auch diesen Vorwurf nicht. (Abg. Windthorst: Dann bin ich sehr zufrieden! — Heiterkeit.) Der Verfasser rühmt nur die Politik der Duldung in religiösen Dingen, welche die Hohenzollern zuerst in Deutschland eingeführt und durchgeführt haben. (Abg. Windthorst: bis 1871.) Das Buch umfaßt vorläufig nur die Zeit bis 1740 (Heiterkeit) und kann nur zur Hebung des patriotischen Sinnes beitragen.

Abg. Schmidt (Stettin): Selbst eine russische Censurbehörde würde nicht Werte wissenschaftlichen Charakters einer solchen Einschränkung unterwerfen, wie der Abg. Wachen sie wünscht. Ehe Sie seine Resolution annehmen, empfehle ich, lieber eine Censurbehörde für Preußen einzuführen. Selbst Centrumsmitglieder würden im Censurcollegium nicht die Anschauungen Wachen's theilen. (Sehr richtig!)

Director v. Sybel: Die den Publicationen beigegebenen Erläuterungen sind für den Gebrauch des größeren Publikums und auch der Gelehrten durchaus notwendig. Wir würden uns vor der ganzen Welt prostituiren, wollten wir bloß den unverständlichen Wust diplomatischer Actenstücke, Briefe, Correspondenzen ohne die in ganz Europa üblichen Erläuterungen publiciren. Die Lehmann'schen Erläuterungen enthalten nur knappe Excerpte, daß der subjective Standpunkt sich im Stil verräth, ist unvermeid-lich. Soll es denn aber im neunzehnten Jahrhundert nicht einmal erlaubt sein, die Politik der religiösen Duldung zu loben? Ich bitte, die Resolution abzulehnen.

Abg. Petri meint, daß sein Freund Grimm sich von persönlicher Miß-

stimmung zu weit habe fortreißen lassen, und daß die Archivverwaltung ihm gegenüber im Recht gewesen sei. Er bittet, die Resolution abzulehnen, da die Publicationen ohne Erläuterungen keinen Abzack, also auch keinen Berleger finden würden. Die Archivbeamten seien nach der Instruction von 1867 zu wissenschaftlichen Arbeiten verpflichtet, und wenn man sie ihnen verbiete, so würden wissenschaftlich gebildete Männer das ohnehin schlecht bezahlte Amt nicht mehr annehmen.

Abg. Gneist hält ebenfalls die wissenschaftlichen Erläuterungen der Publicationen für nöthig; tüchtige Ordnungsarbeiten könnten nur von tüch-tigen wissenschaftlichen Arbeitern und tüchtige wissenschaftliche Arbeiten nur auf Grund tüchtiger Ordnungsarbeiten gemacht werden. Das Aufgeben des Staatsgeheimnisses in den Archiven sei der längst gewünschte große Nutzen dieser Publicationen; aus denselben werde man die Regierungsweise der Hohenzollern kennen und dabei immer mehr lieben und ehren lernen. Ob eine Quellenvergiftung stattgefunden habe, darüber müsse ein anderes Forum entscheiden als dieses Haus.

Abg. Wachen: Die Majorität von 1876 wollte nicht, wie heute einige Nationalliberale, aus einer technischen Frage eine Parteifrage machen. Daß wir ein Mißtrauensvotum gegen jede patriotische Geschichtsschreibung aus-sprechen wollen, ist eine Beileidigung, die ich zurückweisen muß. Das Leh-mann'sche Buch hat einen gegen die Katholiken durchaus gebührenden Charak-ter, er nennt sie nur Papisten und bezieht sich des Wörterbuchs des kirchen-politischen Conflicts. Er lobt an Gelehrten und Staatsmännern einen religiösen Indifferentismus, der seine Zeitgenossen sogar im Zweifel darüber ließ, zu welcher Confession sie gehörten. (Rufe links: Sehr gut!) Wir wollen nicht, daß diese v. Sybelsche Art der Geschichtsschreibung durch Unterdrückung aus Staatsmitteln monopolisiert werde.

Abg. v. Minnigerode: Die Perspective, welche die Details des Falles mit dem Professor Grimm eröffnen, ist zwar nicht erfreulich. Ich sehe in-dessen diese Angelegenheit nur als einen Zwischenfall an, der auf die Un-geschicklichkeit einzelner Persönlichkeiten zurückzuführen ist. Vorausgesetzt muß aber werden, daß die allgemeine Zugänglichkeit der Archive dauernd gesichert bleibt und ihre amtlichen Publicationen sich so objectiv wie möglich halten, und daß ein äußerst delicater Gebrauch von der Nachvollkommen-heit gemacht wird, die naturgemäß in der Hand der Archivare und des Directors liegt, zumal wenn eine so prononcirte Parteipersonlichkeit an der Spitze des Ganzen steht, wie jetzt. (Widerspruch links. Sehr richtig! im Centrum.) Unter dieser Voraussetzung haben wir augenblicklich keine zwin-gende Veranlassung zu einer so restringirenden Resolution und werden diese ablehnen; wir würden es aufs Newerliche bedauern, zu einer solchen Con-sequenz gedrängt zu werden.

Abg. Windthorst: Der Fall Grimm beweist, daß bei der Benutzung der Archive die Archivbeamten vor anderen Gelehrten bevorzugt werden. Ich will weitere ähnliche Beschwerden nicht erörtern. Viel wichtiger ist aber die durch die Resolution Wachen angeregte Frage. Wir freuen uns des durch die Eröffnung der Archive in die Vergangenheit möglich gewordenen Blickes, wir wollen aber eine objectiv Geschichtsschreibung und deshalb vor allem eine objectiv Darlegung der Quellen. Man sagt, ohne eine Ein-leitung, wie die Lehmann'sche, sei eine patriotische Geschichtsschreibung nicht möglich. Ich werfe die lehrerische Frage auf: Was ist patriotische Geschicht-schreibung? Eine solche giebt es gar nicht. Geschichte ist die Darlegung der vergangenen Thatfachen, die vor allem wahr sein muß und die einen patriotischen Gegenstand, z. B. die Freiheitskriege, behandeln kann. Ehut man aber zu der objectiven Darlegung seinen subjectiven Patriotismus ohne Maß hinzu, so kommt man leicht dazu, die Geschichte auf Kosten der Wahrheit zu färben, wozu man bei dem Abg. Gneist in die Schule geben kann. Bei dem jetzigen Verfahren werden aber die archivalischen Quellen nicht objectiv eröffnet. Herr Lehmann hat nicht nur den Zusammenhang der producirten Urkunden dargelegt, sondern hat eine Geschichte jener Zeit geschrieben und als Belege unvollständige Urkunden angehängt. Das darf ein Archivar in einer amtlichen, auf Staatskosten ertheilenden Publication nicht thun, für seine Privatthätigkeit bleibt es ihm natürlich unbenommen und dort muß er nur wissenschaftlich widerlegt werden. Wir wollen aber nicht, wie wir im Begriff sind zu thun, mit Staatsgeldern eine officielle Geschichtsschreiberzunft gründen. Diese Gefahr ist namentlich sehr stark, wenn ein prononcirter Parteimann wie jetzt an der Spitze der Archiv-Verwaltung steht; die Regierung hätte ihn bei seiner Anstellung veranlassen müssen, aus dem Parteistampfe zu scheiden. (Rufe: Einen Clericalen! Simultan!)

Es giebt noch eine große Zahl unparteiischer Archivbeamten in Preußen, von denen wir gern einen an der Spitze der Archivverwaltung begrüßen würden; für einen Katholiken ist das natürlich in Preußen nicht möglich. (Gelächter.) Beweisen Sie mir durch die That das Gegenheil. Nach der Erklärung des Abg. v. Minnigerode gelangt ja unsere Resolution nicht zur Annahme, aber die Antragsteller haben sich doch ein großes Verdienst erworben, denn es steht jetzt fest, daß auch die conservativ Partei eine partei-liche Geschichtsschreiberzunft auf Kosten des Staates nicht erziehen will und daß nach ihrer Meinung in einem paritätischen Staate auch die archi-valischen Quellenpublicationen paritätisch sein sollen. Ich kann dem Abg. v. Cuny nicht das Recht zugestehen, frühere Beschlüsse des Hauses nach den einzelnen damals vorhandenen Parteigruppierungen zu interpretiren. Das Lehmann'sche Opus ist ein Versuch nach dem Maiter seines großen Meisters Sybel, eine Geschichte der damaligen Zeit zu schreiben und sich dafür die Urkunden zu schaffen und zuzuhilfen. Bei dieser Archivverwaltung haben wir auch keine Siderheit dafür, daß alle bezüglichen Urkunden auf-genommen und daß nicht die bedeutendsten weggelassen sind. Als Beispiel erinnere ich an den literarischen Streit des Prof. v. Sybel mit dem Prof. Hüffer in Bonn.

Regierungs-Commissar v. Sybel: Das Lehmann'sche Buch entspricht genau den Anforderungen des Vorredners, es stellt einen patriotischen Gegenstand wahrheits- und urkundengemäß dar. Ich muß jegliche In-sinuation, als seien die beigebrachten Urkunden mala fide unvollständig oder nicht correct, auf das Unsielbedenfte zurückweisen. Mit Mühe sind diese Ur-tunden aus allen Theilen des Archivs zusammengebracht, kein Mensch hat jetzt von weiteren Kenntniß und wir sind bereit, jedem Kritiker, der an der correcten Wiedergabe einer Urkunde zweifelt, das Original zur Controle vorzulegen. Ich wundere mich, daß Sie jetzt den Ausdruck Papisten, der dem beigebrachten Quellenmaterial entnommen ist, als eine Art Injurie betrachten. Ich glaube, es wäre für Sie die höchste Ehre. Die Beschwer-den, auf welche der Vorredner hinwies, bitte ich zu meiner Kenntniß zu bringen, damit ich Remedur schaffen kann. Auf den Fall Hüffer kann ich hier als Regierungscommissar nicht eingehen.

Abg. Petri: Die Angriffe haben wohl mehr dem Präsidenten des deutschen Vereins als dem Director der Staatsarchive gegolten. Der Vor-wurf einer parteiischen Verwaltung der Staatsarchive ist nach meiner Er-fahrung unbegründet. Durch meine Vermittelung hat der Director von Sybel einem gut katholischen Gelehrten nicht nur die für einen bestimmten Zweck gewünschten Urkunden gewährt, sondern auch spontan für denselben Nachforschungen nach weiterem Material anstellen lassen.

Abg. Wachen: Da der Director der Staatsarchive, der leider untrenn-bar ist von dem Präsidenten des Deutschen Vereins, vom Abg. v. Minni-gerode, bereits die erste Verwarnung erhalten hat, ziehe ich meine Resolution zurück.

Abg. Petri nimmt dieselbe wieder auf.

Abg. Windthorst: Es existirt keine Resolution Wachen mehr, sondern nur eine Resolution Petri.

Persönlich vermahnt sich v. Heeremann gegen die beleidigende und unparlamentarische Behauptung v. Cuny's, daß die von ihm und Wachen beantragte Resolution unüberträglich sei mit einer patriotischen Geschicht-schreibung.

Vizepräsident v. Benda constatirt, daß er den Vorwurf einer unpatrio-tischen Gesinnung für den Vorredner in den Worten v. Cuny's nicht ge-funden habe; die Auffassung bestätigt v. Cuny.

Darauf wird die Position mit allen Stimmen gegen die des Centrums bewilligt, dagegen die Resolution einstimmig abgelehnt. Beim Titel 10 kommt Abg. Lieber nochmals auf den Fall Grimm

zurück, ist aber bei der großen Unruhe des Hauses weder auf der Journalistentribüne noch am Regierungstisch verständlich, so daß der Com-missarius v. Sybel erklärt, nicht antworten zu können, da er nichts verstanden habe.

Abg. Reichensperger (Köln) bedauert, daß bei den knappen für archi-valische Zwecke verfügbaren Mitteln so kostspielige und nicht über jeden Zweifel an ihrem thatächlichen Werth erhabene Experimente gemacht worden, wie es die photographische Nachbildung der Urkunden deutscher Kaiser, die der Archibirector angeordnet, ist. Auch würden Correcturen an den ersten Abzügen in großer Zahl vorgenommen, so daß der primäre Zweck der Photographie, absolut getreue Wiedergabe, illusorisch werde.

Director v. Sybel: In den letzten Jahren ist an den Fonds für Pu-blicationen mehrfach gespart worden, so daß die Kosten der vom Vorredner bezeichneten Publicationen davon befreit werden konnten. Das Unter-nehmen ist seit langen Jahren in Anregung gebracht worden im Interesse der Diplomatie, namentlich von den Directoren der historischen Seminare an den deutschen Universitäten, die ihren Schülern den Anblick der Ori-ginale ermöglichen wollen. Bei solchen photographischen Aufnahmen ist es nicht möglich, sofort ein genügendes Resultat zu erzielen; die Operation er-giebt zwar nichts, was nicht im Original vorhanden wäre, aber sie liefert nicht immer alles Vorhandene, das liegt eben an der Beschaffenheit der Urkunden, die zusammengelagert Jahrhunderte lang gelegen haben und nicht wieder ganz geplatzt werden können. Daher sind mehrere Re-toucheurs erforderlich. Ich glaube jetzt sagen zu können, daß durch die Licht-druckoperation Alles überholt ist, was Frankreich bisher in diesem Fache geleistet hat. Der Satz, daß die deutsche Photographie in dieser Beziehung mit der Pariser nicht concurriren könne, ist heute in sein Gegenteil ver-kehrt. (Hört!)

Die Position wird genehmigt, ebenso die übrigen Positionen. Damit ist der Etat der Staatsarchive erledigt.

Die Etats des Abgeordneten- und Herrenhauses werden ohne Debatte erledigt. Auf den Antrag des Präsidiums wird dem Bureau-director, dessen unermüdeliches Eifer und große Sorgfalt der Berichterstattung rühmend hervorhebt, eine Gehaltszulage von 1500 Mark bewilligt, eine Zulage von 300 Mark für den Haus-Inspektor genehmigt und ein ständiger Hilfsarbeiter neu eingestellt. Der Bureau-director des Herrenhauses erhält die gleiche Zu-lage wie der des Abgeordnetenhauses.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Befestigung der Wandrelager und Credit.)

Berlin, 8. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Pastor Müller in Alzenau im Kreise Goldberg-Hainau, dem Garnison-Bewaltungs-Director Keller zu Königsberg i. Pr. und dem pensionirten Steuereintnehmer Liede zu Werder im Kreise Zauch-Belzig den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem Premier-Lieutenant v. Brömbsen I. im Bommerhagen Füsilier-Regiment Nr. 34, commandirt zur Dienstleistung als Assistent bei der Militärschule zu Spanau, und dem Bahnhof-Ins-pector bei der Berlin-Stettiner Eisenbahn, Kniew zu Stettin den Königl. Kronen-Orden vierter Klasse; dem Ober-Wachtmeister Barth und den berittenen Gendarmen Seidel und Eckstein, sämtlich in der 3. Gen-darmarie-Brigade, dem pensionirten Steuer-Aufsesser Hartwig zu Neisse, dem Grenzaufseher Kleinschmidt zu Nemele, dem Fabrikmeister Kordt zu Neugrund im Kreise Iserlohn, dem Platzmeister Lebnert zu Riebern im Rheingau-Kreise und dem Portier Schleip zu Schweiler-Bümpchen im Landkreise Aachen das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Wirth George Schwellnus zu Skirwieth im Kreise Heppdegen die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Director z. D. Schotte in Seebauken i. N. den Charakter als Geheimen Justiz-Rath verliehen, und der Wahl des Oberlehrers an der königlichen Realschule in Berlin, Pro-fessor Dr. Bernhard Georg Schwalbe, zum Director der Dorotheen-städtischen Realschule in Berlin die Allerhöchste Bestätigung erteilt.

Se. Majestät der Kaiser hat den Staatsanwalt Kullmer in Colmar zum Staatsanwalt bei dem Oberlandesgerichte daselbst und zum Vertreter des Ober-Staatsanwaltes bei diesem Gerichte, den Rechtsanwalt Dr. Fürst in Zabern zum Landrichter bei dem Landgerichte daselbst, den Amtsrichter Michel in Sulz im Ober-Elßaß zum Landrichter bei dem Landgerichte in Saargemünd, den Rechtsanwalt Gombart in Saargemünd zum Amts-richter bei dem Amtsgerichte in Albedorf, den Großherzoglich hessischen Gerichts-Assistenten Dr. Koch in Mainz zum Amtsrichter bei dem Amtsgerichte in St. Avold, sowie den Landgerichtsrath Zerges vom Landgerichte in Saarge-münd in gleicher Eigenschaft an das Landgericht in Straßburg, den Land-gerichtsrath Jacmann vom Landgericht in Saargemünd in gleicher Eigen-schaft an das Landgericht in Colmar, den Amtsrichter Lanzberg vom Amtsgericht in St. Avold in gleicher Eigenschaft an das Amtsgericht in Bie, den Amtsrichter von Dechend vom Amtsgericht in Masmünster in gleicher Eigenschaft an das Amtsgericht Truchtersheim versetzt.

Berlin, 8. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahm heute die Vorträge des Kriegsministers, sowie des Generals von Albedyll entgegen und empfing den Director der Stettiner Maschinenbau-Actien-Gesellschaft „Vulcan“, Herrn Stahl, welcher ein Album überreichte.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] war heute in einer Vorstandssitzung des Frauen-Vereins anwesend.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm im Laufe des gestrigen Vormittags militärische Meldungen ent-gegen und ertheilte dem Geheimen Ober-Regierungs-Rath Dr. Häbler eine Audienz. Nachmittags empfing derselbe den Referendar von Sasmund. Das Diner nahm Se. Kaiserliche Hoheit bei Ihren Maje-stäten ein.

○ Berlin, 8. Jan. [Zum provisorischen Handelsver-trage mit Oesterreich-Ungarn.] Nach der bereits amtlich mit-getheilten Erklärung vom 31. December v. J. wegen provisorischer Verlängerung des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn sollen die Vereinbarungen im Absatz 1 und 2 des Art. 10 des Vertrages in dem als Anlage diesem Vertrage beigefügten Zollcartell und in den hierauf bezüglichen Erklärungen des Schlussprotokolls bis zum 30. Juni 1880 in soweit zur Ausführung kommen, als die bestehenden Gesetze nicht entgegenstehen. Damit bleiben die Bestimmungen des Zollcartells bis zu dem bezeichneten Zeitpunkt mit Ausnahme besonders der Vorschriften im § 6, soweit hierdurch den deutschen Ortsvorständen und Behörden die Verpflichtung auferlegt ist, im Fall einer voll-brachten oder versuchten Umgehung der österreichisch-ungarischen Zoll-gesetze den Anträgen der österreichisch-ungarischen Beamten auf ein-stweilige Beschlagnahme der Waaren und Festhaltung der Thäter in derselben Weise zu genügen, wie ihnen dies bei Uebertretung der deutschen Zollgesetze zusteht oder obliegt. Die betheiligten Hauptämter sind demgemäß sofort vom preussischen Finanzminister mit Anweisung versehen worden. Ferner sind die Provinzial-Steuer-Directionen darauf aufmerksam gemacht worden, daß in Folge jener Erklärung die bisher vertragsmäßig zugesicherte Zollfreiheit für rohes leinernes Handgespinnst und für rohe ungebleichte Leinwand, welche auf der Grenzlinie von Leobischitz bis Seidenberg nach Bleichereien und Leinwandmärkten in der Provinz Schlesien, sowie auf der Grenzstrecke von Ostrik bis Schandau im Königreich Sachsen eingeht, vom 1. Januar d. J. ab aufgehört hat und von dem gleichen Zeitraume an bezüglich des Ver-edelungsverkehrs mit Oesterreich-Ungarn diesseits lediglich die Vor-schriften im § 115 des Vereins-Zollgesetzes zur Anwendung kommen.

— Berlin, 8. Januar. [Das Befinden des Reichskanz-lers.] — Geheimrath Häbler. — Canalisierung des Rhains. — Vorlagen des Reichsjustizamtes. — Die Verwaltungs-reform und die Parteien im Abgeordnetenhause.] Die Fürstin Bismarck ist gestern Abend nach Warzin zurückgekehrt; man folgert daraus, daß der Gesundheitszustand des Fürsten eine Reise nach Berlin zunächst noch nicht zuläßt. Allem Anschein nach ver-dienen die Berichte über eine Verschlimmerung in dem Befinden des Reichskanzlers doch mehr Glauben, als andere Angaben, welche von einer nahen vollständigen Herstellung zu berichten wissen. — Geh. Rath Häbler aus dem Cultusministerium wariet, wie wir bereits mit-getheilt haben, auf Instruktionen des Reichskanzlers, um nach Wien

zu weiteren Verhandlungen mit der römischen Curie zurückzukehren, welche, wie bisher von dem deutschen Botschafter in Wien, Prinzen Reuß, unter Assistenz des Geheimen Rath Häbler geführt werden. Der letztere ist gestern von Sr. k. k. Hoheit dem Kronprinzen empfangen worden, um demselben über den bisherigen Gang der Verhandlungen Vortrag zu halten. — In den letzten Tagen des ver-flossenen Jahres ist in Frankfurt a. M., wie wir vernehmen, eine befriedigende Verständigung über die Canalisierung des Rhains erzielt worden. An der Conferenz haben als Vertreter der Mainuferstaaten theilgenommen für Preußen die Geheimen Ober-Finanzräthe Rötger und Gernar, der Geheime Oberbaurath Gercke und der Geh. Ober-Regierungsrath Stöckardt, für Baiern der Ministerialrath von Nico, der Geh. Legationsrath Baron von Craisheim und der Oberbaurath Heuser, für Baden der Ministerialrath Schenkel und der Baurath Honell, für Hessen der Ministerialrath Sint und der Oberfinanzrath Hofmann. — Im Reichsjustizamte war es beschlossene Sache, die im vergangenen Jahre im Reichstage unerledigt gebliebenen Entwürfe, namentlich über das Faustpfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldverschreibungen und über das Pfandrecht an Eisenbahnen, wieder vorzulegen. Es scheint, daß durch den Wechsel in der Leitung des Justizamtes in diesen Dispositionen keine Aenderung getroffen werden soll. Der er-folgbedachte Gesetzentwurf ist bekanntlich aus den Beratungen einer von dem damaligen Staatssecretär der Justiz, Dr. Frieberg, berufenen Commission hervorragender Sachverständiger hervorgegangen und wurde in Sachver-ständigenkreisen als ein vorzügliches Gesetz angesehen und wird zweifellos auch im Reichstage viele Freunde finden. — Im Abgeordnetenhause soll womöglich schon am Montag die zweite Lesung der Vorlagen des Ministers des Innern über die Verwaltungsreform beginnen und mehrere Tage währen. Die bestimmten Angaben über die Ewen-tualität einer Nachsession treten so laut und nachdrucksvoll hervor, daß daran kaum zu zweifeln ist. Indessen ist man in der Majorität des Abgeordnetenhauses ziemlich gewiß, daß es dazu nicht kommen wird. Die Mitglieder der äußersten Rechten und voraussichtlich mit ihnen das Centrum wollen eine so durchgreifende Umgestaltung der Vorlagen gerade in ihren grundsätzlichen Bestimmungen durchsetzen, daß die Regierung sich genöthigt sehen müßte, die Vorlagen zurück-zuziehen. In diesem Falle wären die schwebenden Arbeiten auch ohne Nachsession zu erledigen.

[Der Kampf gegen die Civilehe in der Vera Putt-kamer.] Die „N.-L. C.“ schreibt: In conservativen Blättern finden wir schon jetzt die Ankündigung einer großen Reihe von Petitionen, welche um Abschaffung der Civilehe bezw. Umwandlung der Zwangscivilehe in eine facultative nachsuchen. Wie erinnerlich lagen dem Reichstage auch in seiner vorigen Session solche Petitionen vor, und sie kamen nur wegen der vorgerückten Zeit nicht mehr zur Ver-handlung. Bei der Zusammensetzung des Reichstags ist eine Majo-rität für einen derartigen Antrag mit ziemlicher Sicherheit zu er-warten; das Ergebnis der Abstimmung über die Elbinger Simultan-schulfrage im Abgeordnetenhause kann bei dessen ähnlicher Zusammen-setzung als Fingerzeig gelten. Allem Anschein nach sucht man auf betheiligter Seite schon jetzt nach Gelegenheiten, welche die conservativ-ultramontane Coalition auch im Reichstage zum Ausdruck bringen sollen, was eben vorzugsweise bei solchen Fragen, die auf das kirch-liche Gebiet hinübergreifen, der Fall ist.

[Post.] Eine unterm gestrigen Tage ergangene Allerhöchste Ordre be-stimmt, daß die Post- und Telegraphen-Verwaltungs-Geschäfte für Charlotten-burg und Westend vom 1. April von der kaiserl. Ober-Postdirection in Potsdam auf diejenige in Berlin übergehen.

[Auf Grund des Socialistengesetzes] wird die fernere Verbrei-terung der Blätter „Równosc (Egalité) Czoasopismo socjalistyczne“ und „Bulletin de la Revue socialiste polonaise Równosc (Egalité)“ im Reichs-gebiete verboten.

Italien.

□ Rom, 5. Jan. [Die Broschüre Imbriani's und die Erklärung der Regierung gegen dieselbe. — Das Madrider Attentat. — Diplomatisches. — Vom Hofe.] Wir hatten bereits Gelegenheit, von den läppischen Demonstrationen zu berichten, welche die famose Stalla irredenta bei der Leichenfeier des Präsidenten ihrer Gesellschaft, des Generals Avezzana, in Scene gesetzt und von der Energie, welche die Regierung bei Unterdrückung derselben entfaltet. Natürlich war dieses loyale und energische Vor-gehen der Regierung nicht nach dem Geschmack der Irredentisten und einer ihrer Hauptführer, der bekannte Matteo Renato Imbriani, unternahm es, in einer eigends ad hoc verfaßten Broschüre gegen das Vorgehen der Regierung zu protestiren und von den Unterhand-lungen, welche angeblich zwischen ihm und verschiedenen Ministern wegen der erwähnten Feier stattgefunden haben sollte, Details zu er-zählen und den Ministern und anderen hohen Staatsbeamten Neu-erungen und Versicherungen in den Mund zu legen, welche, wenn sie wirklich gethan worden wären, nicht nur die Regierung dem In- und Auslande gegenüber auf das Höchste compromittirt und er-niedrigt, sondern auch Italien ernstlich der Gefahr eines Conflictes mit einem befreundeten Nachbarstaate ausgesetzt haben würden. Nun aber war an diesen Enthüllungen des spiritus familiaris der famosen Stalla irredenta auch nicht ein wahres Wort und die Regie-rung beehrte sich, die Erzählung des Herrn Imbriani, die von ihm den verschiedenen Ministern und Staatsbeamten in den Mund ge-legten Aeußerungen und Erklärungen als reine Lüge zu erklären und in der „Gazzetta Ufficiale“ zu dementiren. Weiter kann man doch die Frechheit und Rücksichtslosigkeit nicht treiben und es wäre wirklich die allerhöchste Zeit, daß die italienische Regierung diesem unnatürlichen Treiben gegenüber ein energisches quos ego entgegenbrönne. — Nicht genug kann man jedoch auch das wenig patriotische Gebahren jener italienischen Journale tabeln, welche aus reiner gehässiger Oppo-sition gegen die Regierung, diese den Stempel der Lüge und Ver-leumdung an der Stirne tragenden, von keinem unbefangenen, die Verhältnisse und Persönlichkeiten auch nur halbwegs kennenden Manne ernst genommenen angeblichen Enthüllungen mit Wohlbehagen zu reproduciren und sogar in böswilliger Weise zu commentiren sich heilten, bloß um die Regierung zu compromittiren und zu discreditiren, und diese Organe entkleiden sich selbst des Rechtes, als Wertbeidiger der Interessen und der Würde des Vaterlandes zu gelten.

— Die Nachricht von dem neuen Attentat auf den König von Spanien hat hier allgemeinen Abscheu und Entrüstung hervorgerufen. Der König beehrte sich dem spanischen Königspaare telegraphisch seine Glückwünsche darzubringen, daß es die Gefahr glücklich überstanden habe und seinen Abscheu vor der scheußlichen That auszudrücken. Die Königin Margaretha schickte ein ähnliches Telegramm aus Bordighera und Prinz Amadeu, der Bruder des Königs, welcher bekanntlich ebenfalls eine Zeit lang die Freuden des spanischen Königs-throns genossen, richtete ebenfalls ein herzlich Glückwünschreiben an seinen Nachfolger auf dem von ihm freiwillig aufgegebenen spa-nischen Königsthrone. — Von Seiten der Regierung begab sich der Ministerpräsident und Minister des Aeußern, Cairoli, zum spanischen Gesandten am hiesigen Hofe, Grafen Coello, um demselben im Namen der Regierung und des Landes den Abscheu vor dem

begangenen Attentat und die Freude über die glückliche Errettung der spanischen Majestäten aus der drohenden Gefahr auszudrücken. — Die Erhöhung der hiesigen spanischen Gesandtschaft beim Königl. Hofe zum Range einer Botschaft wird in den nächsten Tagen erfolgen und die hiesige Regierung wird ihrerseits, was ihre Vertretung am spanischen Hofe betrifft, diesem Beispiel folgen, sobald das Parla-ment die nöthigen Fonds dazu bewilligt haben wird. — Vollkommen hergestellt und in blühendster Gesundheit ist heute die Königin Mar-garetha aus Bordighera, wo sie bekanntlich zur Erholung ihrer Ge-sundheit einige Wochen gewillt hatte, hier eingetroffen, um hier ihre Winter-Residenz zu nehmen. Obwohl sich Ihre Majestät jeden offi-ciellen Empfang verboten hatte, so hatten sich doch sowohl am Bahnhofe und in der Nähe desselben, sowie an dem Quirinal Tausende von festlich erregten Personen eingefunden, welche die geliebte Monarchin mit stürmischem und enthusiastischem Jubel und Euvobarufen empfingen. Die Königin war von diesem neuen Beweise der Liebe ihres Volkes bis zu Thränen gerührt und auch die martialischen Züge des Königs zeigten eine große Rührung und freudige Erregung ob dieses über alle Maßen enthusiastischen Empfanges.

Frankreich.

○ Paris, 7. Jan. [Zur auswärtigen Politik. — Das Programm der Regierung. — Zur Ausweisung des Prinzen Napoleon. — Der Botschafterposten in Berlin. — Zur Sicherung von Anleihen.] Die festere Haltung auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten, die bei der Ueberrahme des Ministeriums durch Freycinet vorherzusehen war, beginnt sich schon in der tonangebenden Presse fühlbar zu machen. Die „Republique française“ glebt heute in dürren Worten zu verstehen, daß Frank-reich und England aus Deferenz für die deutsche Regierung noch mit der Anerkennung Rumäniens zurückhielten, daß dies aber nicht mehr lange währen könne, da dieses Land der durch den Berliner Vertrag stipulirten Vorbedingung der Judenemanzipation in zufriedenstellender Weise nachgekommen sei, und der zwischen Deutschland und Rumä-nien schwebende Conflict durchaus keinen internationalen Charakter trage. — Im Innern gehen die Dinge ruhig ihren Gang, Minister-rath folgt auf Ministerrath, um alles genau zu umschreiben und mit einem fertigen Programm vor die Kammer treten zu können. In dem gestrigen Conseil wurde, dem gewöhnlich gut unterrichteten „XIX. Siècle“ zufolge, beschlossen, daß die der Kammer zu machende Mittheilung in Form einer Erklärung erfolgen werde, die nebst all-gemeinen politischen Erwägungen auch das Arbeits- und Reformprogramm der Regierung enthalten würde. Die Justizreform soll auf der Basis der Red-uction der Richterzahl erfolgen. „Liberté“ ist in Bezug auf die Präcisirung des Programms viel ausführlicher. Es heißt da: Dieses Programm werde die Justizreform, die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Purificirung des Beamtenstandes und die Unterrichts-frage umfassen. In einer Stelle desselben würden die Beziehungen der Regierung zum Clerus genau umschrieben werden. Endlich be-faßte es sich auch noch mit unseren finanziellen und autonomen Systemen, den öffentlichen Arbeiten und der auswärtigen Politik. Demselben Blatte zufolge wären die Massenbegnadigungen der im Auslande weilenden oder in Neucaledonien zurückgehaltenen Commu-nards noch nicht erfolgt, ständen aber im Begriffe, unterzeichnet zu werden. Von Rochefort, Ballas u. sei in denselben noch nicht die Rede. Die Wahrheit ist, daß man über die ganze Angelegenheit noch nichts Bestimmtes weiß. „France“ meint, auf die Regierungserklä-rung und das Programm bezüglich: Freycinet werde zuvörderst nur ganz kurz die Bestrebungen des Cabinets darlegen, aber gelegentlich der Festsetzung der ersten Tagesordnung verlangen, daß alle schon commissionell berathenen Gesetzentwürfe in dieselbe aufgenommen und für die übrigen der Kammerpräsident ersucht werde, die Commissionen zur Beschleunigung ihrer betreffenden Arbeiten anzuhalten. — Be-züglich der Wiederbesetzung des Berliner Botschafterpostens lauten die Nachrichten sehr widersprechend. Da aber die betreffende Information des „Evenement“ mit großer Sicherheit auftritt, so reproduciren wir sie. Freycinet habe gestern dem Präsidenten der Republik die Ernennung Challemel-Lacour's für den Berliner Posten vorgeschlagen und dessen Gutheißung erhalten. Vom Ministerium der auswärtigen Angelegen-heiten Deutschlands, bei dem angefragt wurde, wäre eine unbedingt günstige Antwort erfolgt. Diese Ernennung hänge nur noch von ihm ab und an seiner Zustimmung sei nicht zu zweifeln. — „Gaulois“ will wissen, es werde eine Vorlage in der Kammer eingebracht wer-den, des Inhalts, die Regierung zu ermächtigen, nach ihrem Er-messen die Ausweisung des Prinzen Napoleon vornehmen zu können, der durch die diplomatischen Besuche vom Neujahrstage den Argwohn der Regierung erregt habe. — In Bezug auf auswärtige Anleihen, ist ein Schritt zum Bessern geschehen. Vor der 10. Kammer des Seinegerichtshofes, wo eine Klage des portugiesischen Vertreters gegen die Herren de Reilpac et Baltaret anhängig ist, die sich als Vertreter ihrer Gläubiger vermaßen hatten, anlässlich eines neuen Anlehens-versuches Portugals darauf hinzuweisen, daß von einem älteren An-lehen dieses Landes die Interessen seit langen Jahren nicht bezahlt würden, eine Vermessenheit, die der Kläger als Verleumdung gegen den verstorbenen König von Portugal hinzustellen versuchte, hat der Staatsanwalt, allerdings mit Hinweisung darauf, daß die Beschuldi-gung die Regierung und nicht die Person des Königs treffe, auf Freisprechung der Inculpaten angetragen, und dabei sich folgender-maßen geäußert: „Ich weiß nicht, was der hohe Gerichtshof beschließen und ob dieser Beschluß zu einer Lösung der Frage oder zu einer Er-muthigung Portugals in seinem Widerstande gegen die Ansprüche seiner älteren Gläubiger zu beharren, beitragen werde, und beschränke mich darauf zu erklären, daß die Beklagten nur ihr strictes Recht geübt, und daß sie im Bewußtsein ihrer Ehrenhaftigkeit den Ge-richtshof solchen Hauptes verlassen können.“ Ein erster Wink, daß die französische Regierung nicht mehr gewillt ist, ruhig zuzusehen, wie die Ersparnisse des Landes durch trügerische Vorpiegelung hoher Inter-essen auf Nimmerwiedersehen nach exotischen Ländern wandern, und wo man die Regierungen gefällig wird dazu verhalten können, wie einfache Bürger ihre Schulden zu zahlen, oder einen Bankerott über sich ergehen zu lassen. Wenn das Freycinet'sche Programm für öffent-liche Arbeiten nur das einzige Gute hätte, französische Milliarden vor dem verderblichen Gange nach den Tropenländern zu wahren, so hätte sich der gegenwärtige Conseilpräsident schon ein großes Verdienst um das Land erworben.

Paris, 6. Jan. [Der neue Kriegsminister] hat an die Truppen des 14. Corps und das Militär-Gouvernement von Lyon folgenden Tagesbefehl gerichtet:

Ich will mich nicht aus Lyon entfernen, ohne der Wehmuth Ausdruck zu geben, welche mich ergreift, indem ich das mir anvertraute Commando verlasse; es sind Freunde, die ich verlasse. Ich hatte mich mit ganzem Herzen meiner Aufgabe gewidmet und meine ganze Sorgfalt und Fürsorge dem Wohlergehen der Truppen, der Entwidlung ihrer Einübung und der hohen, dem Soldaten notwendigen Eigenschaften gewidmet. Meine An-strengungen erhalten die wünschenswerthe Belohnung durch die unau-föhrliche und ergebene Unterstützung, welche ich in allen Rangstufen fand. Deshalb war meine Aufgabe auch eine leichte, und die Zeit, welche

